

11/11. 1918

### Ministerpräsidenten.

W München, 13. Novbr. (Priv.-Tel.)

Präsident v. Fuchs eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses mit der Bekanntgabe der Ernennung des Frh. v. Dandl zum Ministerpräsidenten und begrüßt den im Hause Erschienenen mit dem Wunsche, daß es ihm in seinem neuen Amte beschieden sein möge, in steter Fühlung mit der Volksvertretung die Hoffnungen, die ihm entgegengebracht würden, in reichem Maße zu erfüllen.

Außerhalb der Tagesordnung nimmt dann Ministerpräsident v. Dandl das Wort. Er verbindet mit einer Betrachtung der eigenartigen Umstände, unter denen er berufen wurde, eine Würdigung der Verdienste des Grafen Hertling, von dessen hoher staatsmännischer Befähigung zu erhoffen sei, daß er das Reichsschiff mit sicherer Hand führen werde. Unter wehenden Siegesfahnen habe Graf Hertling sein neues Amt angetreten. Möge das trotz der Stürme, die ihn umrausen, eine gute Vorbedeutung sein! Herr v. Dandl will mit seiner Rede keine programmatische Besprechung geben. Er möchte sich das Vertrauen des Landes durch zielbewußte ernste Arbeit verdienen. Das erste und wichtigste Ziel, das die Staatsregierung in der jetzigen Zeit anzustreben habe, sei, dem Lande die innere Einigkeit und Geschlossenheit zu erhalten. Der Ministerpräsident gedenkt dankbar der Taten der tapferen bayerischen Regimenter, aber auch der hingebenden Arbeit, in der alle Stände daheim mit einander wettsiefen. Wir müssen — so fährt er fort — alles tun, um die Versorgung des Volkes auf ein ausreichendes Maß zu stellen. Wir müssen das Volk schützen vor Ausbeutung und vor Kriegswucher jeder Art, dieser schlimmsten Gispflanze unserer Zeit. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß unser politisches Leben die Einigkeit und die Arbeitskraft des Volkes stärkt und erhöht. Ich bin der letzte, dem das Verständnis für den politischen Kampf und für die Betätigung der Parteien fehlt. Ohne politischen Kampf keine den Zeit, den Wirtschaft- und den sozialen Verhältnissen entsprechende fortschreitende Entwicklung des öffentlichen Lebens. Aber solange wir alle Kräfte des Volkes brauchen zur Abwehr und zur Niederwerfung des Feindes, zur Arbeit für das Heer und für die Heimat, solange darf nicht der Streit um politische Ziele an der Geschlossenheit des Volkes rütteln. Dennoch soll das politische Leben nicht stille stehen. Stillstand wäre Rückschritt. Den Kampf will vor allem auch die Staatsregierung nicht. Die Mitarbeit der Staatsregierung kann sich aber nur vollziehen in jenem der ganzen Entwicklung des bayerischen Verfassungslebens eigenen wahrhaft staatsverhaltenden Sinne, der Erprobtes festhält, der sprunghafte Neuerungen und unsicher tastende Aenderungen ablehnt, dabei aber reichlich Raum gibt für einen den Bedürfnissen der Zeit und der fortschrittlichen Entwicklung des öffentlichen Lebens entsprechenden wohl überlegten

#### Ausbau der Staatsverfassung.

Die Erhaltung der Geschlossenheit und des Friedens im Volke hat zur ersten Voraussetzung eine einheitlich geschlossene Führung. Diese innerlich der Staatsregierung zu sichern, wird mein eifrigstes Bestreben sein. Nicht minder wichtig ist die Aufrechterhaltung eines ständigen engen Fühlens der Staatsregierung mit der Volksvertretung. Die Arbeit der Regierung kann nur dann ersprießlich wirken, wenn sie von dem Vertrauen des Volkes und seiner verfassungsmäßigen Vertretung getragen ist. Dann widmet der Ministerpräsident der Bedeutung der Presse besondere Anerkennung. Er erklärt: Ich habe mich stets bemüht, dem Wirken und den Aufgaben der Presse volles Verständnis entgegenzubringen, ihr mit jenem vorurteilslosen Entgegenkommen zu begegnen, auf das sie berechtigten Anspruch machen kann und dessen sie auch bedarf, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden soll. Die richtige Erfüllung der Aufgaben der Presse ist im allgemeinen Staatsinteresse gelegen. Daraus ergibt sich für den Staat und für die staatlichen Behörden, die Pflicht der Mitwirkung, die Pflicht, der Presse, ohne in ihre Unabhängigkeit einzugreifen, alle die Erleichterungen und Aufschlüsse zu verschaffen, deren sie bedarf, wenn sie wirklich dem Staatsinteresse, dem Wohl des Volkes und des Vaterlandes dienen und so ihrer vornehmsten Aufgabe gerecht werden soll.

Die Frage der Neuorganisation, der Vereinfachung und der Vereinigung der Staatsverwaltung bedarf einer sorgfältigen Prüfung. Ebenso die Vorschläge der Umgestaltung der Ministerien, für die im Augenblick ein dringendes Bedürfnis übrigens nicht gegeben ist. Was die Sorge für große und wichtige Zweige unserer Wirtschaft, für Industrie, Gewerbe und Handel anlangt, will der Ministerpräsident nicht mit schematischen Richtlinien vor die Kammer treten, umso weniger als über diese Fragen eine ersprießliche Einmütigkeit zwischen dem Landtag und der Regierung besteht. Diese Einmütigkeit erstreckt sich auf die Schaffung eines großen Schiffsfahrtswegees mitten durch Bayern, die Erschließung unserer Wasserkräfte für die Versorgung des ganzen Landes mit Elektrizität, für die Ansiedelung neuer Großindustrien, sowie die innigere Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu der befreundeten nachbarlichen Doppelmonarchie.

Bayern als der zweitgrößte Bundesstaat hat das Recht und die Pflicht, auch an der Gestaltung der großen Richtlinien für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands mitzuarbeiten. Die Zentralisation der Kriegswirtschaft in Berlin, manche vermeintliche und wirkliche Benachteiligungen, die angeblich in den ersten Kriegsjahren für das bayerische Gewerbe daraus erwachsen waren, haben Versäumnisse ausgelöst, die sich besonders gegen die Kriegsgesellschaften in Berlin richteten. An der Beseitigung dieser Versäumnisse muß uns allen gelegen sein. Ich hoffe am besten dabei mitwirken zu können, indem ich für die volle Berücksichtigung aller berechtigten bayerischen Wünsche auf dem Gebiet der Rohstoffbeschaffung und der Heeresaufträge mit aller Entschiedenheit eintritt, andererseits aber durch Aufklärung und Vermittlung Unerbittlichkeiten und Verallgemeinerungen, wie sie in der Kritik der Kriegsgesellschaften da und dort zutage getreten sind, nach Möglichkeit vorzubeugen veruche. Als besondere Aufgabe seiner Amtsführung hebt der Ministerpräsident noch hervor die Sorge für die Erhaltung eines kräftigen und leistungsfähigen Mittelstandes und die sozialpolitischen Aufgaben, vor allem für die Arbeiterschaft, die Pflege der Kunst und Wissenschaft und des bayerischen Kunstgewerbes. Als den wichtigsten Teil seiner künftigen Arbeit aber bezeichnet er die Sorge für die

#### Stellung Bayerns im Reich.

die Pflege der Beziehungen zu der Reichsleitung und zu den übrigen deutschen Regierungen. Bayerns Zukunft und Entwicklung kann nur in und mit dem Deutschen Reich gefunden werden. Das Bekenntnis zur Reichstreue und zur Reichsgesinnung, erklärt Herr v. Dandl, ist für einen bayerischen Minister etwas Selbstverständliches, und ich würde es nicht so nachdrücklich hier erneuern, wenn nicht aus den Stimmen und Verhandlungen unserer Feinde immer wieder die tief eingewurzelten Hoffnungen auf Zwierspaltigkeiten im Reichstinnern, auf Vermittlung zwischen Süd und Nord zutage träten. Diese Hoffnungen unserer Feinde sind und bleiben eitel. (Lebh. Zustimmung.) Begreiflich und berechtigt ist unser Wunsch und Wille, auch mitzuarbeiten und unserer Einfluß geltend zu machen bei der Gestaltung der Verhältnisse im Reich und bei seiner Wirkung nach außen. Wo wir von den Folgen der Politik des Reiches so unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden, haben wir auch das Recht und die Pflicht, nach bestem Gewissen mit zu raten. Als eines der wesentlichsten Mittel und Wege hierzu erblicke ich den Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, der schon von meinem Vorgänger wieder zu aktiver Betätigung gebracht worden ist. Sie werden mich immer, wenn es gilt, die auf die bundesstaatliche Verfassung begründeten Rechte zu wahren, auf dem Platze finden.

Dann gibt der Ministerpräsident ein Bild von der militärischen Lage, wie es sich durch die großen kriegerischen Erfolge der letzten Zeit gestaltet hat. Der treulose ehemalige Bundesgenosse erntet in diesen Wochen den verdienten Lohn seines Verrates. (Starker Beifall.) Bei der Bewunderung dieser siegreich vordringenden Armeen dürfen wir aber nie aus dem Auge verlieren, was deutsche Heertruppen an der Westfront leisten. Ihr Heldentum kann mit keinem Worte des

Dankes genügend gekennzeichnet werden. Deutschland hat wiederholt seine

#### Friedensbereitschaft

bekundet. Aber es hat dabei nicht im Gefühl der Verzweiflung gehandelt, sondern in voller Bewußtheit seiner Stärke. Eines jedoch müssen sich unsere Gegner gesagt sein lassen, es ist ein alter Satz, daß jedes Angebot baldige Erwidmung erheischt. Darum wäre es höchste Zeit zur Antwort. Das Angebot ist kein Freibrief, auf Grund dessen die Gegner den Krieg nach Belieben ohne Risiko, ohne die Gefahr, ihre eigene Lage zu verschlechtern, fortsetzen können. (Stürmische Zustimmung.) Mit einer wiederholten Mahnung zur Einigkeit, die den Sieg und den Frieden verbürge, schloß der Ministerpräsident seine Rede, die von Anfang an mit häufigem Beifall begleitet war.

Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein und behandelte in längerer Diskussion einen bauernbündlerischen Antrag, der die Festsetzung von Höchstpreisen für Wein verlangt. Nächste Sitzung morgen Vormittag.